DRUCKFASSUNG · STAND 9. NOVEMBER 2026 UM 00:53 UHR MEZ · VERSION 0.10.0

Enteignungen in der DDR - Das Wesen des Sozialismus

> Dieses Dossier schildert Enteignungen und Eigentumsentziehungen in der DDR aus der Sicht der Betroffenen und belegter Quellen. Gegendeutungen und Normen stehen im Kasten „Die andere Sicht“. Jede nummerierte Aussage verweist auf registrierte Claims und Quellen; KAS nur als Paraphrase.

Online-Fassung: `http://127.0.0.1/` · Dossier-Bot

Inhalt

1. SBZ: Bodenreform und Industrie (1945–1949)
2. Frühe DDR: „Aufbau des Sozialismus“ und Aktion Rose (1952/53)
3. Kollektivierung und LPG/PGH (bis 1960)
4. Halbstaatliche Betriebe und Verstaatlichungswelle 1972
5. Eigentum von Flüchtenden und Ausreisenden (1952–1958)
6. Widerstand und Repression (MfS ab 1950)
7. Menschliche und wirtschaftliche Folgen (1953–1976)
8. Kurzer Rückgabe-Ausblick (1990)
9. Aussagen und Belege
10. Zeitleiste
11. Quellen

Legende: ● Belegt (Primärquelle) · ◐ Belegt (Sekundärquelle) · ◆ Umstritten · ○ Offen

Kapitelbilder KI-generiert (Grok), keine Belege.

1. SBZ: Bodenreform und Industrie (1945–1949)

Kapitel 01 · SBZ · 1945–1949

SMAD-Befehl 124, Bodenreform, Volksentscheid Sachsen.



Nachgestellte Szene: Gutshof in der Sowjetischen Besatzungszone, Herbst 1945 – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

In der Sowjetischen Besatzungszone überlagern militärische Befehle, Beschlagnahmen und Verordnungen der Landes- und Provinzialverwaltungen einander. Der SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 ordnet die Beschlagnahme bestimmter Vermögenswerte an – rechtlich eine Sequestrierung, keine abschließende Enteignung allein durch diesen Befehl. Der Befehl zielt ausdrücklich auf Eigentum des deutschen Staats und seiner Behörden, auf Vermögen von NS-Funktionären und einflussreichen Anhängern sowie auf herrenloses Gut, das die Sowjetische Militäradministration in provisorische Verwaltung nimmt.[1]

Die landwirtschaftliche Bodenreform beginnt mit weitgehend gleichlautenden Verordnungen der Landes- und Provinzialverwaltungen im September 1945. Das Bundesverfassungsgericht führt als Beispiel die Bodenreformverordnung der **Provinz Sachsen** vom 3. September 1945 an: Privater Großgrundbesitz über mehr als 100 Hektar soll nach Art. II Nr. 2 und 3 der Verordnung entschädigungslos enteignet werden. Die Entscheidung verweist auf das Veröffentlichungsorgan der Provinz Sachsen, Nummer 1 von 1945, Seite 28.[2]

Die Durchführung oblag nach der Darstellung des Gerichts Kommissionen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene. Enteignete Grundbesitzer wurden in der Regel aus dem Kreis ausgewiesen, in dem sie Besitz hatten. Das Gericht hält fest, sie mussten ihren Hof nicht selten innerhalb weniger Stunden verlassen und durften nur die notwendigste Habe mitnehmen. Gerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Maßnahmen habe es nicht gegeben; auch die Einstufung als Kriegsverbrecher oder aktiver Nationalsozialist sei gerichtlich nicht kontrollierbar gewesen.[63]

Am 30. Juni 1946 stimmen im **Land Sachsen** berechtigte Wähler über das Gesetz zur Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher an das Volk ab. Das Statistische Jahrbuch der DDR nennt für den Volksentscheid im Land Sachsen rund 3,69 Millionen Wahlberechtigte, eine Beteiligung von 93,71 Prozent und einen Ja-Anteil von 82,42 Prozent an den gültigen Stimmen.[3]

Eine populäre Online-Darstellung nennt dagegen 77,6 Prozent Ja-Stimmen, ohne die Bezugsgröße anzugeben; das Jahrbuch bezieht seinen Wert von 82,42 Prozent ausdrücklich auf die gültigen Stimmen.[8]

Parallel schwächen Demontagen, Reparationsabtransporte und die Abwanderung von Unternehmern und Fachkräften die Wirtschaft der Zone früh. Der GHI-Sammelband zur ostdeutschen Wirtschaft nennt die sowjetische Demontage und den Abtransport von Fabriken während der Besatzung; der Aufbau der Zentralplanung, die Verstaatlichung großer Industrieunternehmen und die Abwanderung wirtschaftlicher und technischer Eliten hätten Ostdeutschland weiter geschwächt. Nach ökonometrischer Forschung von Albrecht Ritschl löste der Übergang zur Zentralplanung einen Schock aus, der die Produktivität sofort senkte. Burghard Ciesla hält im selben Band Reparationspolitik und Demontage für einen Faktor, der langfristigen wirtschaftlichen Erfolg in Ostdeutschland unmöglich machte.[58]

Enteignete Grundbesitzer mussten nach Darstellung des Bundesverfassungsgerichts ihren Hof mitunter innerhalb weniger Stunden verlassen und hatten gegen die Maßnahmen keinen gerichtlichen Rechtsschutz.[63]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben) Staatliche und parteiliche Stimmen begründeten die Bodenreform mit Entnazifizierung und Umverteilung; der Volksentscheid von 1946 sollte die Übergabe betrieblicher Vermögen an das Volk legitimieren.

2. Frühe DDR: „Aufbau des Sozialismus“ und Aktion Rose (1952/53)

Kapitel 02 · Frühe DDR

Küstenaktion Rose, Strandhotel Wehrmann.



Nachgestellte Szene: Hotelvilla an der Ostseeküste, Winter 1953 – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Mit dem Kurs zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ verschärft sich der Druck auf verbliebene private Existenzen. Anfang 1953 richtet sich die **Aktion Rose** gegen Hotel- und Pensionbesitzer an der Küste. Der Deutschlandfunk (10.2.2003) gibt einen Einsatzplan aus dem Berliner Befehl wieder: „Im gesamten Küstengebiet der DDR findet in der Zeit vom 10.2. bis 10.3.1953 eine Überprüfung sämtlicher Besitzer und Pächter von Hotels und Pensionen statt.“[9]

Im Radiotext heißt es weiter, Anfang der fünfziger Jahre liege der private Anteil in Handwerk und Dienstleistungen noch bei fast 70 Prozent; Parteifunktionäre an der Küste kämen zu dem Schluss, die „Strandbourgeoisie“ zugunsten der Arbeiterschaft enteignen zu müssen. Am 27. Januar 1953 hätten Vorbereitungen zur Aktion begonnen; am 10. Februar seien 711 Hotels, Pensionen und Gaststätten durchsucht worden, mit Einsatztrupps von insgesamt 400 Mann Volkspolizei.[14]

Im Radiotext heißt es, 447 Personen gerieten in Untersuchungshaft, es fielen 408 Urteile, 440 Hotels und Pensionen wurden enteignet – Zahlen des Autors, keine gesicherte Primärstatistik. 219 der Betroffenen flohen aus der DDR, die Grenze war noch offen.[52]

Kurt und Elisabeth Wehrmann betrieben in Heringsdorf das Strandhotel Ostseeblick. Der Radiobeitrag und Familienzeugnisse berichten Festnahmen und Verlust des Hauses. Uwe Wehrmann erinnert: Es sei ein sehr schönes Haus gewesen, die Großeltern hätten dort ein gut gehendes Hotel mit Restaurant geführt. Der DLF-Text nennt für die Großeltern fünf bzw. drei Jahre Gefängnis. Die Höhe der Urteile ist in anderen Darstellungen abweichend; die Dauer **verbüßter** Haft bleibt ohne Urteilsakte offen.[10]

Der DLF-Bericht beschreibt ein in Bützow gebildetes Sondergericht aus politisch verlässlichen Richtern; es sprach „in kürzester Zeit 408 Urteile“, Gefängnisstrafen zwischen einigen Monaten und zehn Jahren.[52]

Der DLF-Autor zitiert einen Bericht der **Ostsee-Zeitung** über eine Gemeindeversammlung in Heringsdorf: Dort habe der Bürgermeister ausgeführt, mit welcher Raffinesse die Schieber Gomoll, Wehrmann, Michaelis und andere tonnenweise Kohlen „eingespart“ hätten; die Versammlung habe strenge Bestrafung verlangt. Das ist Parteipresse, über den Radiobeitrag vermittelt, kein Gerichtsurteil.[17]

Das SED-Zentralorgan **Neues Deutschland** titelte am 2. April 1953: „Erneut wurde Spekulanten und Schiebern in den Ostseebädern das Handwerk gelegt.“ Im Vorspann heißt es, auf Usedom und in Rostock hätten Organe der Deutschen Volkspolizei „weitere Spekulanten und Schieber dingfest gemacht“. Das ist Staatspresse der SED, kein neutraler Beleg für Einzelschicksale.[11]

Der zeitliche Rahmen der Überprüfung – vom 10. Februar bis 10. März 1953 im gesamten Küstengebiet – macht die Aktion zu einer regional abgesteckten Großeinsatzwelle. Für Heringsdorf ist aus dem DLF-Text der Verlust des Wehrmannschen Betriebs und die Inhaftierung der Großeltern gesichert; ob ein konkretes Haus stillgelegt oder zuerst beschlagnahmt wurde, lässt sich daraus nicht wie aus einem Protokoll ableiten.[9]

Einige Wochen später hielten staatliche Stellen und Volkspolizei laut DLF in allen betroffenen Seebädern öffentliche Versammlungen über die Aktion ab; dabei wurden alle Namen genannt.[18]

Der DLF-Autor schildert den weiteren Ablauf für Verhaftete: Die Reise endete in Bützow; einige Häftlinge der Rose-Aktion kamen nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 frei, Kurt und Elisabeth Wehrmann laut Bericht erst 1956.[19]

Ilse Fridrich erinnert sich im DLF, in Bützow sei ein Gebäude extra geleert worden für Hoteliers und andere Betroffene der Aktion.[20]

Uwe Wehrmann erinnert im DLF wörtlich: „Es war ein sehr schönes Haus gewesen“.[10]

> **Die andere Sicht**
> (zugeschrieben) DDR-Propaganda stellte Hoteliers als Schieber und Spekulanten dar.

3. Kollektivierung und LPG/PGH (bis 1960)

Kapitel 03 · Kollektivierung und LPG/PGH (bis 1960)

LPG, Agitation, Großbauern.



Nachgestellte Szene: Kollektivierung der Landwirtschaft, späte 1950er Jahre – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Nach der Darstellung von Arnd Bauerkämper (Sekundärliteratur, KAS-Paraphrase, nicht als KAS-Originalwortlaut) verloren Landwirte mit dem Eintritt in Produktionsgenossenschaften das Verfügungsrecht über ihren Boden, blieben formal Eigentümer. Gegen 1960 sei ein sehr hoher Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Genossenschaften organisiert gewesen.[23]

In der letzten Kollektivierungsphase schildert dieselbe Darstellung Agitationsbrigaden und Kommissionen, denen neben SED-Funktionären auch Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit und der Staatsanwaltschaft angehörten. Die Repressionspolitik gegen sogenannte Großbauern in den Jahren 1952/53 sei mit der Agitation verzahnt gewesen.[24]

Nach Bauerkämper wehrten sich bedrängte Landwirte im Sommer 1953 offen gegen den Zwang; im selben Jahr lösten sich wieder Produktionsgenossenschaften auf.[25]

Das Bundesverfassungsgericht beschreibt in seiner Sachverhaltsdarstellung dieselbe Folge: Der LPG-Eintritt habe die Eigentumsverhältnisse formal unberührt gelassen, aber zu Verfügungsbeschränkungen und einem umfassenden Nutzungsrecht der Genossenschaft geführt.[28]

Der Abdruck des LPG-Gesetzes vom 3. Juni 1959 bei verfassungen.de, eine nichtamtliche Fassung mit Änderungsvermerken bis 1975, lautet in § 7 Absatz 1: „Der in die Genossenschaft zur allgemeinen Nutzung eingebrachte Boden bleibt Eigentum der Mitglieder.“ Nach § 8 Absatz 1 erhält die LPG an diesem Boden „volles Nutzungsrecht“. § 7 Absatz 2 erlaubt eine Veräußerung nur an den Staat, die LPG oder Mitglieder, „die wenig oder kein Land besitzen“.[29]

Zum Ausmaß der Kollektivierung gibt das Gericht in seiner Sachverhaltsdarstellung eine Mitteilung des Bundesministers der Justiz wieder: 1989 bewirtschafteten Produktionsgenossenschaften rund 87 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, volkseigene Güter 7,5 Prozent.[30]

Bauerkämper beschreibt Abwanderung aus der Landwirtschaft und Flucht in die Bundesrepublik als Ausweichwege.[27]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben) Die SED präsentierte den Beitritt als freiwilligen Schritt in die sozialistische Gesellschaft und erwartete steigende Agrarerträge.

4. Halbstaatliche Betriebe und Verstaatlichungswelle 1972

Kapitel 04 · Halbstaatliche Betriebe und Verstaatlichungswelle 1972

Politbüro 8.2., Vermögensgesetz.



Nachgestellte Szene: privater Kleinbetrieb, Anfang 1972 – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Nach der Sekundärdarstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurden 1972 auf Beschluss des Politbüros vom 8. Februar rund **11.000 Industrie- und Baubetriebe** liquidiert.[32][36]

Flade und Kamosiński (Sekundärstudie 2021) fassen die Kampagne so, dass der Anteil des Staates am Industriesektor von 88,8 auf 99,9 Prozent stieg und etwa 11 Prozent der industriellen Produktion sowie 15 Prozent der Industriearbeitskräfte betroffen waren.[40]

Die Stiftung schildert, betroffene Unternehmer seien unter erheblichen Druck gesetzt worden; wer den Betrieb „freiwillig“ aufgebe, habe die geringste Entschädigung auf Treuhandkonten in Raten erhalten.[33][34]

Das DDR-Privatwirtschaftsgesetz von März 1990 verweist in § 17 Abs. 1 rückblickend auf den Beschluss des Präsidiums des Ministerrats vom 9. Februar 1972 und die damit verbundenen Überführungen in Volkseigentum. § 19 Abs. 2 beschreibt, dass Rückzahlung oder Rückerstattung grundsätzlich in der Höhe und Art erfolgen solle wie bei der früheren Auszahlung von Kapitalanteilen oder Kaufpreisen – kein Ersatz für das ungelesene Gesetzblatt der Überleitungsverordnung von 1972 selbst.[37]

Das **Vermögensgesetz** der Bundesrepublik § 1 Abs. 1 lit. d regelt seit 1990 Ansprüche aus Überleitungen nach dem Beschluss des **Präsidiums** des Ministerrats vom 9. Februar 1972.[31][62]

Das Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 sollte nach der Sachverhaltsdarstellung des Bundesverfassungsgerichts die Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen

Vermögens regeln. Danach sei volkseigenes Vermögen grundsätzlich zu privatisieren, soweit es nicht in durch Gesetz bestimmten Fällen der öffentlichen Hand zu übertragen sei; für Land- und Forstwirtschaft fordere das Gesetz besondere Rücksicht auf die Eigenarten dieses Sektors.[42]

Eine populäre Online-Darstellung zur Industriegeschichte (2016) schreibt, viele der 1972 betroffenen Betriebe hätten bereits zuvor unter halbstaatlicher Führung gestanden; der Staat habe die letzten privaten und genossenschaftlichen Betriebe für einen symbolischen Preis aufgekauft und unter seine Verwaltung gestellt.[41]

Wer seinen Betrieb „freiwillig“ aufgab, erhielt nach der Stiftungsdarstellung die geringste dafür vorgesehene Entschädigung, ausgezahlt in kleinen jährlichen Beträgen.[33]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben) Forschungsliteratur führt als SED-Begründung für die Verstaatlichung unter anderem hohen Investitionsbedarf, niedrigere Produktivität privater Betriebe und fehlendes Klassenbewusstsein der Beschäftigten an – im Original der Studie auf Englisch formuliert: „the high need for investment“, fehlendes „class consciousness“ und geringere Produktivität.

5. Eigentum von Flüchtenden und Ausreisenden

Kapitel 05 · Eigentum von Flüchtenden und Ausreisenden · 1952–1958

VO 1952, Treuhand, Erträge.



Nachgestellte Szene: zurückgelassene Wohnung, 1950er Jahre – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Wer die DDR ohne Genehmigung verließ oder dies vorbereitete, verlor rechtlich oft Zugriff auf Zurückgelassenes. Die Verordnung vom 17. Juli 1952 bestimmt in § 1, das Vermögen solcher Personen sei zu beschlagnahmen – ausdrücklich, wenn sie das Gebiet verließen, ohne polizeiliche Meldevorschriften zu beachten, oder hierzu Vorbereitungen träfen.[43]

Bei Wohnsitz in den westlichen Besatzungszonen oder Westberlin sieht § 6 vor, dass im DDR-Gebiet verbliebenes Vermögen von Personen deutscher Staatsangehörigkeit „in den Schutz und die vorläufige Verwaltung der Organe der Deutschen Demokratischen Republik übernommen“ wird.[45]

Nach der Anordnung vom 1. Dezember 1953 (§ 1 ersetzt durch Anordnung Nr. 2 vom 20. August 1958) gilt: Das Vermögen Ausreisender werde durch staatliche Treuhänder verwaltet, und „für die Zeit der Treuhandverwaltung stehen dem Eigentümer Erträge nicht zu.“ In der Fassung der Anordnung Nr. 2 sind zudem „Verfügungen des Eigentümers über das treuhänderisch verwaltete Vermögen“ unzulässig.[44]

Die Anordnung vom Dezember 1953 unterscheidet in § 3 zudem: Vermögenswerte von Personen, die die DDR nach dem 10. Juni 1953 verlassen hätten, ohne im Besitz einer polizeilichen Abmeldung zur dauernden Übersiedlung nach Westdeutschland zu sein, unterlägen aus diesem Grund keinen Beschlagnahmemaßnahmen.[46]

Wer illegal die Republik verließ, traf damit ein anderes Regime als wer bereits in Westdeutschland oder Westberlin wohnte und Besitz in der DDR zurückließ: § 1 der Verordnung von 1952 adressiert die erstgenannte Gruppe mit Beschlagnahme, § 6 die zweite mit Schutz und vorläufiger Verwaltung. In beiden Fällen entzieht der Staat dem

Berechtigten faktisch die Nutzung zurückgelassenen Vermögens; die Rechtsformen bleiben getrennt zu lesen.[43]

Wer ausreiste und Besitz zurückließ, durfte laut Anordnung Nr. 2 von 1958 die Erträge aus dem Vermögen nicht mehr beziehen.[44]

> **Die andere Sicht**
>
> (Normen) § 1 der Verordnung von 1952 ordnet die Beschlagnahme des Vermögens an; die Anordnung von 1953 in der Fassung der Anordnung Nr. 2 von 1958 regelt die Treuhandverwaltung und die Ertragsregel.

6. Widerstand und Repression (MfS ab 1950)

Kapitel 06 · Widerstand und Repression (MfS ab 1950) · 1950–1953

HVdSV, Aktion Rose, MfS.



Nachgestellte Szene: Flur eines Dienstgebäudes, 1950er Jahre – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Das Ministerium für Staatssicherheit ist ab dem 8. Februar 1950 eigenes Ministerium; zuvor war die **Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft** dem Innenministerium unterstellt. Das Gesetz vom 8. Februar 1950 formuliert: diese Hauptverwaltung werde zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Verkündet wurde es im Gesetzblatt der DDR, Nummer 15 vom 21. Februar 1950; das MfS als Ministerium gab es erst ab 1950.[48]

Bauerkämper schildert Politische Abteilungen an Maschinen-Traktoren-Stationen, deren stellvertretende Leiter dem MfS angehörten. Zur Kollektivierung gehörten in derselben Darstellung auch Brigaden mit MfS und Staatsanwaltschaft.[50]

Die **Aktion Rose** 1953 verbindet Küstenwirtschaft mit Strafverfolgung: Ilse Fridrich sagt im DLF: „Das fing bei den Größten an, am 10. Februar. Da hatten sie die ersten am Wickel.“[51]

Ein MfS-Bericht von 1960 dokumentiert über die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei 132.425 illegale Ausreisen zwischen Januar und September und einen Anstieg um 44,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr – er dokumentiert ein staatliches Sicherheitsproblem, belegt aber nicht jede Einzelrepression in den Kapiteln zuvor.[49]

Der DLF-Bericht nennt einen damaligen DDR-Staatsanwalt, der 1997 wegen Rechtsbeugung zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde; er hatte im Frühjahr 1953 in etwa 60 bis 70 Fällen die Anklagen verfasst.[53]

Im DLF berichtet die Familie Wehrmann, in den Urteilen sei penibel aufgelistet worden, welche Schmuckstücke abgenommen worden seien – Ring, Manschettenknöpfe, Uhr.[54]

Kurt und Elisabeth Wehrmann verloren im Zuge der Küstenaktion ihr Strandhotel in Heringsdorf.[10]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben) DDR-Sprache stempelte Abweichler als Klassenfeinde; in Küstenaktionen wurden Hotelbesitzer als Spekulanten diffamiert.

7. Menschliche und wirtschaftliche Folgen

Kapitel 07 · Menschliche und wirtschaftliche Folgen · 1953–1976

Flucht, Demontagen, Versorgungslücken.



Nachgestellte Szene: aufgegebener Hof, 1950er Jahre – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

Enteignung reißt Betriebe, Wissen und Generationenarbeit fort. Kollektivierung, Flucht und Zerfall von Höfen werden in der Literatur als ein Mechanismus unter vielen beschrieben – nicht als alleinige Erklärung für jede wirtschaftliche Stagnation. Demontagen, Planwirtschaftsbeginn und Abwanderung von Unternehmern nennt die Wirtschaftsgeschichte parallel.[55]

Private Handwerks- und Kleinstbetriebe hatten nach Flade und Kamosiński (2021) vor 1972 wesentlich kleine Alltagswaren in Kleinserien geliefert; geringere Produktivität war nach ihrer Darstellung oft der Grund, weshalb staatliche Großbetriebe Konsumgüter nur widerwillig herstellten. Für das Jahr 1976 zitieren sie den Befund, die staatlich gelenkte Wirtschaft sei nicht in der Lage, „die tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs“ zu liefern (Übersetzung aus dem Englischen).[57]

An der Küste zeigt das Schicksal der Wehrmanns die Verkettung von Strafverfahren, Besitzverlust und sozialem Abstieg. Der DLF-Autor schreibt: „Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis war Kurt Wehrmann ein gebrochener Mann.“[10]

Nach der Aktion Rose standen viele Häuser leer; laut dem im DLF zitierten Historiker Dietrich Gildenhaar fielen damit auch die Versorgungseinrichtungen der Privathotels weg, und der FDGB hatte „echte Schwierigkeiten, die Versorgung im Sommer aufrecht zu erhalten“. Einige der schönsten Häuser nahm die Volkspolizei, andere gingen an das Ministerium des Innern, die Kasernierte Volkspolizei oder die Grenztruppen, „also nicht an Privatpersonen“, meist aber an den FDGB.[59]

Neben den 440 Hotels und Pensionen wurden laut DLF 181 Gaststätten, Wohnhäuser und Wirtschaftsbetriebe beschlagnahmt, vom Strandkorbbau bis zur Holzfabrik; die Hotels in

Heringsdorf gehörten danach dem Zentralkomitee der SED, der Volkspolizei und vor allem dem FDGB.[60]

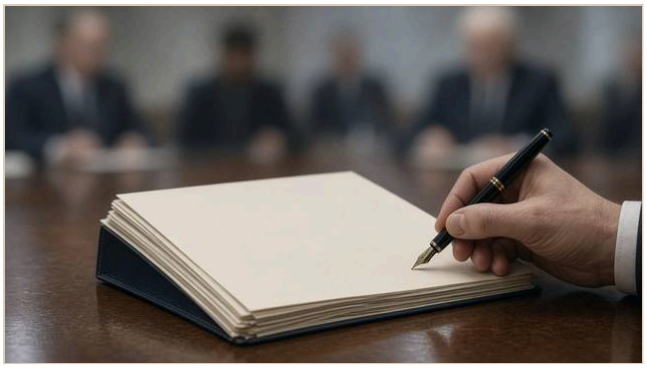
Der Deutschlandfunk berichtet: Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis war Kurt Wehrmann „ein gebrochener Mann“. Im selben Beitrag erinnert sich Sibylle Wehrmann, der Großvater sei danach dazu bestimmt worden, in Heringsdorf in einer Hähnchenbratstube zu arbeiten.[10][13]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben) Die SED begründete die Verstaatlichungswelle 1972 mit Investitionsbedarf, Produktivitätslücken und fehlendem Klassenbewusstsein in Privatbetrieben.

8. Kurzer Rückgabe-Ausblick (1990)

Kapitel 08 · Kurzer Rückgabe-Ausblick (1990) · 1990–1997

Einigungsvertrag, VermG §1 lit. d.



Nachgestellte Szene: Vertragsunterzeichnung, 1990 – KI-generiert (Grok Image), kein Beleg.

In der Gemeinsamen Erklärung zum Einigungsvertrag, im Urteil BVerfGE 84, 90 mitgeteilt, heißt es wörtlich: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen.“ Der Tenor lautet: „Die Verfassungsbeschwerden werden zurückgewiesen.“[61]

Nach dem Urteil gebietet es der Gleichheitssatz des Grundgesetzes, dass der Gesetzgeber auch für die Enteignungen von 1945 bis 1949 eine Ausgleichsregelung schafft; eine Rückgabe folgt daraus nicht. In der Gemeinsamen Erklärung bleibt die abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen einem künftigen gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.[64]

Für Verstaatlichungen 1972 eröffnet § 1 Abs. 1 lit. d **VermG** einen bundesrechtlichen Anspruchspfad für Unternehmen, die „auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9. Februar 1972“ in Volkseigentum übergeleitet wurden – unter den im Gesetz genannten Verfahrensvoraussetzungen.[62]

Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990 sieht nach Wiedergabe des Bundesverfassungsgerichts vor, dass ein Mitglied einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft die Mitgliedschaft per Kündigung beenden kann und bei Ausscheiden grundsätzlich Verfügungsrecht und Besitz an eingebrachten Flächen und der Hofstelle zurückerhält – ein anderer Rechtsweg als die Unumkehrbarkeit der Bodenreform von 1945 bis 1949.[66]

Bereits am 6. März 1990 hatte das Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform nach Darstellung im gleichen Urteil Verfügungsbeschränkungen aus den Bodenreformverordnungen aufgehoben und

Bodenreformeigentum dem persönlichen Eigentum des Zivilgesetzbuchs der DDR gleichgestellt.[68]

Am 22. Juli 1990 folgten nach der Sachverhaltsdarstellung des Gerichts zwei weitere Gesetze: Volkseigene Güter und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft gingen grundsätzlich in das Eigentum der Länder oder Kommunen über (GBl. I S. 897); ein zweites Gesetz über die Übertragung des Eigentums und die Verpachtung volkseigener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder und andere Bürger regelte Verkauf, Verpachtung und Verwertung solcher Flächen (GBl. I S. 899).[67]

Nach der Wende dauerte es laut DLF fünf bis sechs Jahre, bis die Rückübertragungen an der Küste geregelt waren. Für das Strandhotel Ostseeblick verlangte die Treuhand bei der Rückführung noch einen D-Mark-Betrag, weil durch den Neubau eine „Wertschöpfung“ entstanden sei; nach Darstellung der Familie musste das Haus dennoch komplett saniert werden. 1994 erwarben Sibylle und Uwe Wehrmann das Strandhotel Ostseeblick.[65]

Wer 1945 bis 1949 Eigentum auf besatzungsrechtlicher Grundlage verlor, fand in der Rechtslage nach 1990 keinen Rückgabeweg für diese Enteignungen – während Betroffene mit Ansprüchen aus späteren Überführungen Ansprüche nach § 1 Abs. 1 lit. d Vermögensgesetz geltend machen konnten.[61][62]

> **Die andere Sicht**
>
> (zugeschrieben – Rechtsprechung) Das Bundesverfassungsgericht billigte die Unumkehrbarkeit **besatzungsrechtlicher** Enteignungen von 1945 bis 1949 im Einigungsvertrag und wies die Beschwerden ab.

Aussagen und Belege

[1] ● Belegt (Primärquelle): SMAD-Befehl 124 (30.10.1945) ordnet Beschlagnahme bestimmter Vermögenskategorien an (Sequestrierung).
Grenze: Sequestration, nicht jede spätere Enteignung.
Belege: „SMAD-Befehl 124 (30.10.1945) ordnet Beschlagnahme bestimmter Vermögenskategorien an (Sequestrierung).“ (Quelle s-smad-124; Snapshot snapshots/snap-smad-124-excerpt.txt) [1]

[2] ○ Offen: Bodenreform-Verordnungen der Landes-/Provinzialverwaltungen SBZ datieren auf September 1945 (Katalog).
Grenze: Einzelverordnungen nicht vollständig gelesen.
Belege: „Bodenreform-Verordnungen der Landes-/Provinzialverwaltungen SBZ datieren auf September 1945 (Katalog).“ (Quelle s-handreichung-sbz) [2] „Bodenreform-Verordnungen der Landes-/Provinzialverwaltungen SBZ datieren auf September 1945 (Katalog).“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[3] ○ Offen: Volksentscheid Land Sachsen 30.6.1946: Gesetz zur Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher an das Volk (StatJB).
Grenze: Wortlaut Gesetzesname snap-volksentscheid
Belege: „Volksentscheid Land Sachsen 30.6.1946: Gesetz zur Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher an das Volk (StatJB).“ (Quelle s-volksentscheid-statjb; Snapshot snapshots/snap-volksentscheid-sachsen-1946.txt) [3]

[4] ◆ Umstritten: IKO: „Im April 1947 wird die Bodenreform beschlossen“ – Chronologie SBZ vs. April 1947 (alliierte Ebene) vermischt; kein neuer SBZ-Beschluss April 1947.
Grenze: Keine Gesamtwiderlegung des Artikels.
Belege: „IKO: „Im April 1947 wird die Bodenreform beschlossen“ – Chronologie SBZ vs. April 1947 (alliierte Ebene) vermischt; kein neuer SBZ-Beschluss April 1947.“ (Quelle s-iko-veb; Snapshot snapshots/snap-iko-veb-2016.txt) [4] „IKO: „Im April 1947 wird die Bodenreform beschlossen“ – Chronologie SBZ vs. April 1947 (alliierte Ebene) vermischt; kein neuer SBZ-Beschluss April 1947.“ (Quelle s-handreichung-sbz) [2]

[5] ○ Offen: IKO: ca. 315.000 ha enteignet in Sachsen 1946.
Belege: „IKO: ca. 315.000 ha enteignet in Sachsen 1946.“ (Quelle s-iko-veb; Snapshot snapshots/snap-iko-veb-2016.txt) [4]

[6] ● Belegt (Primärquelle): SMAD-Befehl 124 (30.10.1945): Beschlagnahme u.a. NS- und staatliches Eigentum; herrenloses Gut unter SMAD-Verwaltung (Snapshot).
Grenze: Sequestration, nicht jede spätere Enteignung.
Belege: „SMAD-Befehl 124 (30.10.1945): Beschlagnahme u.a. NS- und staatliches Eigentum; herrenloses Gut unter SMAD-Verwaltung (Snapshot).“ (Quelle s-smad-124; Snapshot snapshots/snap-smad-124-excerpt.txt) [1]

[7] ● Belegt (Primärquelle): BVerfG-Wiedergabe: BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945 – Großgrundbesitz >100 ha entschädigungslos (Art. II Nr. 2 und 3).
Grenze: dejure-Spiegel, nicht amtliche Sammlung.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945 – Großgrundbesitz >100 ha entschädigungslos (Art. II Nr. 2 und 3).“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[8] ○ Offen: StatJB DDR 1955: Volksentscheid Sachsen 30.6.1946 – 93,71% Beteiligung, 82,42% Ja an gültigen Stimmen (ca. 3,69 Mio. Wahlberechtigte). Abgrenzung 77,6% Ja (abgegeben) vs. 82,42% Ja (gültig) in Popularisierungen.
Grenze: Statistik, nicht Gesetzeswortlaut.
Belege: „StatJB DDR 1955: Volksentscheid Sachsen 30.6.1946 – 93,71% Beteiligung, 82,42% Ja an gültigen Stimmen (ca. 3,69 Mio. Wahlberechtigte). Abgrenzung 77,6% Ja (abgegeben) vs. 82,42% Ja (gültig) in Popularisierungen.“ (Quelle s-volksentscheid-statjb; Snapshot snapshots/snap-volksentscheid-sachsen-1946.txt) [3]

[9] ○ Offen: 10.2.–10.3.1953: DLF gibt Einsatzplanwiedergabe für Überprüfung von Hotel-/Pensionsbesitz an der Küste wieder („Im gesamten Küstengebiet … vom 10.2. bis 10.3.1953“).
Grenze: Primärbefehl nicht gelesen.
Belege: „10.2.–10.3.1953: DLF gibt Einsatzplanwiedergabe für Überprüfung von Hotel-/Pensionsbesitz an der Küste wieder („Im gesamten Küstengebiet … vom 10.2. bis 10.3.1953“).“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[10] ○ Offen: Kurt und Elisabeth Wehrmann, Strandhotel Ostseeblick Heringsdorf: Festnahme, Enteignung (DLF 2003, Familienmagazin).
Grenze: Urteilsakte nicht gelesen.
Belege: „Kurt und Elisabeth Wehrmann, Strandhotel Ostseeblick Heringsdorf: Festnahme, Enteignung (DLF 2003, Familienmagazin).“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5] „Kurt und Elisabeth Wehrmann, Strandhotel Ostseeblick Heringsdorf: Festnahme, Enteignung (DLF 2003, Familienmagazin).“ (Quelle s-wehrmann-familienmagazin; Snapshot snapshots/snap-wehrmann-quellenabgleich.txt) [6]

[11] ○ Offen: ND 2.4.1953: Festnahmen Hotelbesitzer Usedom/Rostock als „Spekulanten“.
Grenze: Volltext nicht wortgetreu gesichert.
Belege: „ND 2.4.1953: Festnahmen Hotelbesitzer Usedom/Rostock als „Spekulanten““ (Quelle s-nd-1953-ostsee; Snapshot snapshots/snap-nd-1953-ostsee-excerpt.txt) [7]

[12] ◆ Umstritten: Urteilshöhen Wehrmann umstritten (5/3 vs 4 Jahre); verbüßte Haft OFFEN.
Grenze: Urteil ≠ verbüßte Haft
Belege: „Urteilshöhen Wehrmann umstritten (5/3 vs 4 Jahre); verbüßte Haft OFFEN.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5] „Urteilshöhen Wehrmann umstritten (5/3 vs 4 Jahre); verbüßte Haft OFFEN.“ (Quelle s-wehrmann-familienmagazin; Snapshot snapshots/snap-wehrmann-quellenabgleich.txt) [6]

[13] ○ Offen: DLF: Autorentext Entlassung Kurt Wehrmann „gebrochener Mann“; Sibylle Wehrmann: Großvater bestimmt, Hähnchenbratstube Heringsdorf.
Grenze: Erinnerungsfolge.
Belege: „DLF: Autorentext Entlassung Kurt Wehrmann „gebrochener Mann“; Sibylle Wehrmann: Großvater bestimmt, Hähnchenbratstube Heringsdorf.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[14] ○ Offen: DLF: privat ~70% Handwerk/Dienstleistungen Anfang 1950er; Strandbourgeoisie-These.
Grenze: Radiotext
Belege: „DLF: privat ~70% Handwerk/Dienstleistungen Anfang 1950er; Strandbourgeoisie-These.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[15] ○ Offen: DLF: Vorbereitung 27.1.1953; 10.2. Durchsuchung 711 Objekte, 400 VP-Mann.
Grenze: Radiotext, keine Primärstatistik
Belege: „DLF: Vorbereitung 27.1.1953; 10.2. Durchsuchung 711 Objekte, 400 VP-Mann.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[16] ○ Offen: DLF: 219 Betroffene flohen aus DDR.
Grenze: Radiotext
Belege: „DLF: 219 Betroffene flohen aus DDR.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[17] ○ Offen: DLF zitiert Ostsee-Zeitung: Gomoll, Wehrmann, Michaelis als Schieber in Heringsdorf.
Grenze: Presse im Radiotext
Belege: „DLF zitiert Ostsee-Zeitung: Gomoll, Wehrmann, Michaelis als Schieber in Heringsdorf.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[18] ○ Offen: DLF: öffentliche Versammlungen nach Rose in Seebädern mit Namensnennungen.
Grenze: Radiotext
Belege: „DLF: öffentliche Versammlungen nach Rose in Seebädern mit Namensnennungen.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[19] ○ Offen: DLF: Bützow U-Haft; Wehrmanns Freilassung 1956; verbüßte Haft OFFEN.
Grenze: Radiotext
Belege: „DLF: Bützow U-Haft; Wehrmanns Freilassung 1956; verbüßte Haft OFFEN.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[20] ○ Offen: DLF/Ilse Fridrich: Bützow Gebäude für Rose-Häftlinge geleert.
Grenze: Zeugner
Belege: „DLF/Ilse Fridrich: Bützow Gebäude für Rose-Häftlinge geleert.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[21] ○ Offen: Gegen 1960 ca. 84,4% landwirtschaftliche Nutzfläche bei LPG (KAS These 9).
Grenze: Sekundärstatistik.
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[22] ● Belegt (Primärquelle): Jan.–Sept. 1960: 132.425 illegale Ausreisen (MfS/HVDVP-Meldung im Bericht).
Grenze: Zahl belegt nicht Ursache Kollektivierung; kein Repressionskatalog.
Belege: „Jan.–Sept. 1960: 132.425 illegale Ausreisen (MfS/HVDVP-Meldung im Bericht).“ (Quelle s-mfs-flucht-1960; Snapshot snapshots/snap-mfs-republikflucht-1960.txt) [10]

[23] ○ Offen: Nach Bauerkämper (KAS, Paraphrase): LPG-Eintritt – Verfügungsrecht Boden eingeschränkt, formales Eigentum bleibt; Inventar/ Typen nicht im Snapshot gegengelesen.
Grenze: Literaturdarstellung, kein KAS-PDF-Original verifiziert
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[24] ○ Offen: Bauerkämper: Brigaden/Kommissionen mit MfS und Staatsanwaltschaft (Paraphrase).
Grenze: Literaturdarstellung KAS-Paraphrase
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[25] ○ Offen: Bauerkämper: Sommer 1953 Widerstand; 274 LPG
Grenze: KAS-PDF nicht geprüft
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[26] ○ Offen: 1952/53 Repressionspolitik gegen Großbauern mit Kollektivierungsagitation verzahnt.
Grenze: KAS-Paraphrase S.102
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[27] ○ Offen: Bauerkämper (Paraphrase): Abwanderung aus Landwirtschaft oder Flucht in BRD als Ausweichwege.
Grenze: KAS-Paraphrase; kein Kausalbeweis MfS 1960
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[28] ○ Offen: BVerfG-Wiedergabe: LPG-Eintritt formal Eigentum unberührt; Verfügungsbeschränkung und LPG-Nutzungsrecht §§7,8 LPG-Gesetz 3.6.1959.
Grenze: Gerichtswiedergabe; Normtext nicht aus GBl. 1959 gelesen.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: LPG-Eintritt formal Eigentum unberührt; Verfügungsbeschränkung und LPG-Nutzungsrecht §§7,8 LPG-Gesetz 3.6.1959.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[29] ○ Offen: LPG-Gesetz 3.6.1959 §7 Abs.1 Eigentum bleibt bei Mitgliedern; §8 Abs.1 volles Nutzungsrecht LPG; §7 Abs.2 Veräußerung nur an Staat/LPG/landlose Mitglieder.
Grenze: Drittanbieter-HTML verfassungen.de, nicht amtliches GBl.; keine Einstufung als belegt auf Primäroriginal.
Belege: „LPG-Gesetz 3.6.1959 §7 Abs.1 Eigentum bleibt bei Mitgliedern; §8 Abs.1 volles Nutzungsrecht LPG; §7 Abs.2 Veräußerung nur an Staat/LPG/landlose Mitglieder.“ (Quelle s-lpg-gesetz-1959) [21]

[30] ○ Offen: BVerfG-Sachvortrag: 1989 ca. 87 % landwirt. Nutzfläche LPG, 7,5 % volkseigene Güter (BMJ-Mitteilung).
Grenze: Gerichtswiedergabe, keine eigenständige Statistik gelesen.
Belege: „BVerfG-Sachvortrag: 1989 ca. 87 % landwirt. Nutzfläche LPG, 7,5 % volkseigene Güter (BMJ-Mitteilung).“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[31] ● Belegt (Primärquelle): VermG § 1 lit. d: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates 9.2.1972 (Bundesrecht ab 1990).
Grenze: Rückgabepfad mit Verfahrensvoraussetzungen.
Belege: „VermG § 1 lit. d: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates 9.2.1972 (Bundesrecht ab 1990).“ (Quelle s-vermg-par1-d; Snapshot snapshots/snap-vermg-par1-lit-d.txt) [11]

[32] ○ Offen: Politbürobeschluss SED 8.2.1972: Verstaatlichung verbleibender Privatbetriebe (Bundesstiftung, sekundär).
Grenze: Protokoll offen.
Belege: „Politbürobeschluss SED 8.2.1972: Verstaatlichung verbleibender Privatbetriebe (Bundesstiftung, sekundär).“ (Quelle s-bstiftung-1972; Snapshot snapshots/snap-bstiftung-1972.txt) [12] „Politbürobeschluss SED 8.2.1972: Verstaatlichung verbleibender Privatbetriebe (Bundesstiftung, sekundär).“ (Quelle s-flade-1972; Snapshot snapshots/snap-flade-1972-mechanismen.txt) [14]

[33] ○ Offen: Bundesstiftung: geringe Entschädigung, Treuhandkonten, Raten bei „freiwilliger“ Übergabe.
Grenze: DDR-Rechtsakt 1972 nicht voll gelesen; kein Marktwert-Nachweis.
Belege: „Bundesstiftung: geringe Entschädigung, Treuhandkonten, Raten bei „freiwilliger“ Übergabe.“ (Quelle s-bstiftung-1972; Snapshot snapshots/snap-bstiftung-1972.txt) [12]

[34] ○ Offen: Bundesstiftung: erheblicher Druck, Kredite/Steuerverfahren.
Belege: „Bundesstiftung: erheblicher Druck, Kredite/Steuerverfahren.“ (Quelle s-bstiftung-1972; Snapshot snapshots/snap-bstiftung-1972.txt) [12]

[35] ○ Offen: IKO 1972: „symbolischer Preis“, „sanfter“ Kauf – höchstens Teilübereinstimmung.
Belege: „IKO 1972: „symbolischer Preis“, „sanfter“ Kauf – höchstens Teilübereinstimmung.“ (Quelle s-iko-veb; Snapshot snapshots/snap-iko-veb-2016.txt) [4] „IKO 1972: „symbolischer Preis“, „sanfter“ Kauf – höchstens Teilübereinstimmung.“ (Quelle s-bstiftung-1972; Snapshot snapshots/snap-bstiftung-1972.txt) [12]

[36] ○ Offen: Bundesstiftung: rund 11.000 Industrie- und Baubetriebe 1972 – Sekundärdarstellung.
Grenze: Primärstatistik offen.
Belege: „Bundesstiftung: rund 11.000 Industrie- und Baubetriebe 1972 – Sekundärdarstellung.“ (Quelle s-bstiftung-1972; Snapshot snapshots/snap-bstiftung-1972.txt) [12]

[37] ○ Offen: DDR-Privatwirtschaftsgesetz März 1990: Kaufpreise/Kapitalanteile grundsätzlich wie bei 1972-Überleitung zurückzuzahlen (Rückblick).
Grenze: Kein Ersatz für GBl.-VO 1972.
Belege: „DDR-Privatwirtschaftsgesetz März 1990: Kaufpreise/Kapitalanteile grundsätzlich wie bei 1972-Überleitung zurückzuzahlen (Rückblick).“ (Quelle s-ddr-privatwirtsch-1990; Snapshot snapshots/snap-ddr-privatwirtsch-1990-1972-abwicklung.txt) [13]

[38] ○ Offen: SED-Begründung 1972: Investitionsbedarf, Produktivität, Klassenbewusstsein (Flade/Kamosiński).
Belege: „SED-Begründung 1972: Investitionsbedarf, Produktivität, Klassenbewusstsein (Flade/Kamosiński).“ (Quelle s-flade-1972; Snapshot snapshots/snap-flade-1972-mechanismen.txt) [14]

[39] ○ Offen: Übernahmen ab 1.4.1972: DDB-Metadaten ohne Akteninhalt.
Belege: „Übernahmen ab 1.4.1972: DDB-Metadaten ohne Akteninhalt.“ (Quelle s-barch-1972-meta) [15]

[40] ○ Offen: Flade/Kamosiński 2021: Staatsanteil Industrie 88,8% → 99,9%; ~11% Produktion, ~15% Industriearbeiter betroffen.
Grenze: Sekundärforschung, EN im Snapshot.
Belege: „Flade/Kamosiński 2021: Staatsanteil Industrie 88,8% → 99,9%; ~11% Produktion, ~15% Industriearbeiter betroffen.“ (Quelle s-flade-1972; Snapshot snapshots/snap-flade-1972-mechanismen.txt) [14]

[41] ○ Offen: IKO-Popularisierung: viele Betriebe vor 1972 halbstaatlich; 1972 Übergabe teils gegen symbolischen Preis.
Grenze: Popularisierung, kein Politbüroprotokoll.
Belege: „IKO-Popularisierung: viele Betriebe vor 1972 halbstaatlich; 1972 Übergabe teils gegen symbolischen Preis.“ (Quelle s-iko-veb; Snapshot snapshots/snap-iko-veb-2016.txt) [4]

[42] ○ Offen: BVerfG-Wiedergabe: Treuhandgesetz 17.6.1990 GBl.I S.300 §1 Abs.1 Privatisierung volkseigenes Vermögen, Land/Forst mit Besonderheiten.
Grenze: Gerichtswiedergabe.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: Treuhandgesetz 17.6.1990 GBl.I S.300 §1 Abs.1 Privatisierung volkseigenes Vermögen, Land/Forst mit Besonderheiten.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[43] ● Belegt (Primärquelle): VO 17.7.1952 § 1: Vermögen bei unerlaubtem Verlassen beschlagnahmen.
Belege: „VO 17.7.1952 § 1: Vermögen bei unerlaubtem Verlassen beschlagnahmen.“ (Quelle s-vo52-1952; Snapshot snapshots/snap-vo52-1952-excerpt.txt) [16]

[44] ● Belegt (Primärquelle): Anordnung Ausreisende 1.12.1953, ersetzt § 1 durch Anordnung Nr. 2 (20.8.1958): staatliche Treuhandverwaltung; „Für die Zeit der Treuhandverwaltung stehen dem Eigentümer Erträge nicht zu.“
Grenze: Treuhand, nicht pauschal „Enteignung“ ohne weiteres.
Belege: „Anordnung Ausreisende 1.12.1953, ersetzt § 1 durch Anordnung Nr. 2 (20.8.1958): staatliche Treuhandverwaltung; „Für die Zeit der Treuhandverwaltung stehen dem Eigentümer Erträge nicht zu.““ (Quelle s-vo53-1953; Snapshot snapshots/snap-vo53.html) [17]

[45] ● Belegt (Primärquelle): VO 1952 § 6: vorläufige staatliche Verwaltung bei BRD-Wohnsitz und Besitz in DDR.
Belege: „VO 1952 § 6: vorläufige staatliche Verwaltung bei BRD-Wohnsitz und Besitz in DDR.“ (Quelle s-vo52-1952; Snapshot snapshots/snap-vo52-1952-excerpt.txt) [16]

[46] ● Belegt (Primärquelle): VO 1.12.1953 §3: ohne westl. Abmeldung keine Beschlagnahme aus Verlassen-Grund.
Grenze: Drittanbieter-HTML
Belege: „VO 1.12.1953 §3: ohne westl. Abmeldung keine Beschlagnahme aus Verlassen-Grund.“ (Quelle s-vo53-1953; Snapshot snapshots/snap-vo53.html) [17]

[47] ● Belegt (Primärquelle): Anordnung Nr.2 §1: Verfügungen über treuhänderisch verwaltetes Vermögen unzulässig.
Grenze: Drittanbieter-HTML
Belege: „Anordnung Nr.2 §1: Verfügungen über treuhänderisch verwaltetes Vermögen unzulässig.“ (Quelle s-vo53-1953; Snapshot snapshots/snap-vo53.html) [17]

[48] ● Belegt (Primärquelle): MfS eigenes Ministerium ab 8.2.1950 (Gesetz).
Grenze: Gilt ab 1950, nicht für SBZ-Maßnahmen davor.
Belege: „MfS eigenes Ministerium ab 8.2.1950 (Gesetz).“ (Quelle s-mfs-gesetz-1950; Snapshot snapshots/snap-mfs-gesetz-1950.txt) [18]

[49] ○ Offen: MfS-Bericht Okt. 1960 dokumentiert illegale Ausreisezahlen und Fluchtfokus der Staatsorgane – nicht gleichbedeutend mit nachweis einzelner Repressionsakte.
Grenze: Kein Katalog von Strafverfahren.
Belege: „MfS-Bericht Okt. 1960 dokumentiert illegale Ausreisezahlen und Fluchtfokus der Staatsorgane – nicht gleichbedeutend mit nachweis einzelner Repressionsakte.“ (Quelle s-mfs-flucht-1960; Snapshot snapshots/snap-mfs-republikflucht-1960.txt) [10]

[50] ○ Offen: Bauerkämper: MTS-Politische Abteilungen, stellv. Leiter MfS.
Grenze: KAS-Paraphrase
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[51] ○ Offen: Ilse Fridrich (Zeitzeugin DLF): 10. Februar 1953 begannen Festnahmen („die ersten am Wickel“).
Grenze: Zeugenaussage
Belege: „Ilse Fridrich (Zeitzeugin DLF): 10. Februar 1953 begannen Festnahmen („die ersten am Wickel“).“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[52] ○ Offen: DLF (Autorentext): 447 Personen Untersuchungshaft, 408 Urteile, 440 Hotels/Pensionen enteignet – keine Primärstatistik.
Grenze: Radiotext, nicht Archiv
Belege: „DLF (Autorentext): 447 Personen Untersuchungshaft, 408 Urteile, 440 Hotels/Pensionen enteignet – keine Primärstatistik.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[53] ○ Offen: DLF: Staatsanwalt 1997 Rechtsbeugung 15 Monate Bewährung; ~60–70 Anklagen Frühjahr 1953.
Grenze: Radiotext, retrospektiv
Belege: „DLF: Staatsanwalt 1997 Rechtsbeugung 15 Monate Bewährung; ~60–70 Anklagen Frühjahr 1953.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[54] ○ Offen: DLF/Familie Wehrmann (Sprecher im HTML nicht eindeutig): Urteile listen abgenommene Schmuckstücke.
Grenze: Sprecherzuordnung OFFEN im DLF-HTML; Inhalt plausibel.
Belege: „DLF/Familie Wehrmann (Sprecher im HTML nicht eindeutig): Urteile listen abgenommene Schmuckstücke.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[55] ○ Offen: Kollektivierung: Zwang/Agitation/Flucht als Mechanismus (KAS), nicht Monokausal für Gesamtstagnation.
Grenze: Parallel: Demontage, Planung, Abwanderung.
Belege: „Paraphrase (KAS These 9); kein wörtliches Originalzitat in diesem Dossier.“ (Quelle s-kas-these9; Snapshot snapshots/snap-kas-these9-kollektiv.txt) [9]

[56] ○ Offen: Ein-Kausal „Enteignung = Stagnation“: bewusst nicht behauptet.

[57] ○ Offen: Flade/Kamosiński (Studie 2021): Befund für 1976, Versorgung kleiner Alltagswaren (Übersetzung EN).
Grenze: Sekundär, EN im Snapshot
Belege: „Flade/Kamosiński (Studie 2021): Befund für 1976, Versorgung kleiner Alltagswaren (Übersetzung EN).“ (Quelle s-flade-1972; Snapshot snapshots/snap-flade-1972-mechanismen.txt) [14]

[58] ○ Offen: GHI-Band: Demontage, Planungsstart, Unternehmerabwanderung schwächen Wirtschaft früh.
Belege: „GHI-Band: Demontage, Planungsstart, Unternehmerabwanderung schwächen Wirtschaft früh.“ (Quelle s-ghi-berghoff; Snapshot snapshots/snap-ghi-berghoff-ritschl.txt) [19]

[59] ○ Offen: DLF: FDGB-Ferienwesen nach Rose; Wegfall Privatversorgung; VP/MdI nutzten Häuser.
Grenze: Radiotext
Belege: „DLF: FDGB-Ferienwesen nach Rose; Wegfall Privatversorgung; VP/MdI nutzten Häuser.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[60] ○ Offen: DLF: 440 Hotels/Pensionen + 181 weitere Objekte; Heringsdorf-Hotels ZK/VP/FDGB.
Grenze: Autorenzahlen
Belege: „DLF: 440 Hotels/Pensionen + 181 weitere Objekte; Heringsdorf-Hotels ZK/VP/FDGB.“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[61] ● Belegt (Primärquelle): Gemeinsame Erklärung EV: „… sind nicht mehr rückgängig zu machen“ (1945–1949); Tenor: „Die Verfassungsbeschwerden werden zurückgewiesen.“
Grenze: DFR/dejure-Spiegel, nicht amtlicher BVerfG-Abdruck; kein Anspruch auf behördliche Ausgabe.
Belege: „Gemeinsame Erklärung EV: „… sind nicht mehr rückgängig zu machen“ (1945–1949); Tenor: „Die Verfassungsbeschwerden werden zurückgewiesen.““ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[62] ● Belegt (Primärquelle): 1972-Umwandlungen: VermG lit. d eröffnet bundesrechtliche Ansprüche unter Verfahrensvoraussetzungen.
Grenze: Keine pauschale Rückgabe.
Belege: „1972-Umwandlungen: VermG lit. d eröffnet bundesrechtliche Ansprüche unter Verfahrensvoraussetzungen.“ (Quelle s-vermg-par1-d; Snapshot snapshots/snap-vermg-par1-lit-d.txt) [11]

[63] ● Belegt (Primärquelle): BVerfG: exemplarisch BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945; enteignete müssen Hof oft stundenlang verlassen, kein Rechtsschutz.
Grenze: Gerichtswiedergabe dejure
Belege: „BVerfG: exemplarisch BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945; enteignete müssen Hof oft stundenlang verlassen, kein Rechtsschutz.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[64] ○ Offen: Gemeinsame Erklärung EV: abschließende Entscheidung über staatliche Ausgleichsleistungen dem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.
Grenze: Kein automatischer Ausgleich.
Belege: „Gemeinsame Erklärung EV: abschließende Entscheidung über staatliche Ausgleichsleistungen dem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[65] ○ Offen: DLF: Rückübertragung 5–6 Jahre; Treuhand Wertschöpfung Neubau; 1994 Erwerb Strandhotel durch Sibylle/Uwe (nicht „zurück“).
Grenze: Radiotext, nicht VermG
Belege: „DLF: Rückübertragung 5–6 Jahre; Treuhand Wertschöpfung Neubau; 1994 Erwerb Strandhotel durch Sibylle/Uwe (nicht „zurück“).“ (Quelle s-dlf-aktionrose-2003; Snapshot snapshots/snap-dlf-wehrmann-2003.txt) [5]

[66] ○ Offen: BVerfG-Wiedergabe: LAnpG 29.6.1990 §43 Kündigung LPG-Mitgliedschaft; §45 Verfügung/Besitz eingebrachter Flächen und Hofstelle bei Ausscheiden.
Grenze: Norm nicht unmittelbar aus GBl. gelesen.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: LAnpG 29.6.1990 §43 Kündigung LPG-Mitgliedschaft; §45 Verfügung/Besitz eingebrachter Flächen und Hofstelle bei Ausscheiden.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[67] ○ Offen: BVerfG-Wiedergabe: 22.7.1990 GBl.I S.897 Übertragung volkseigener land-/forstwirtsch. Güter an Länder/Kommunen; S.899 Verkauf/Verpachtung volkseigener Agrarflächen bei Genossenschaften/Einzelpersonen.
Grenze: F-K8-02: Gerichtswiedergabe, kein GBl.-PDF.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: 22.7.1990 GBl.I S.897 Übertragung volkseigener land-/forstwirtsch. Güter an Länder/Kommunen; S.899 Verkauf/Verpachtung volkseigener Agrarflächen bei Genossenschaften/Einzelpersonen.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

[68] ○ Offen: BVerfG-Wiedergabe: Gesetz 6.3.1990 Bodenreformeigentümer GBl.I S.134 – Aufhebung Verfügungsbeschränkungen, Gleichstellung mit ZGB-Eigentum.
Grenze: Gerichtswiedergabe.
Belege: „BVerfG-Wiedergabe: Gesetz 6.3.1990 Bodenreformeigentümer GBl.I S.134 – Aufhebung Verfügungsbeschränkungen, Gleichstellung mit ZGB-Eigentum.“ (Quelle s-bverfge-1991; Snapshot snapshots/snap-bverfge-1991-dejure-volltext.txt) [20]

Zeitleiste

Datum	Ereignis	Belege
10.2.1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** Ilse Fridrich (Zeitzeugin DLF): 10. Februar 1953 begannen Festnahmen („die ersten am Wickel“).	[51]
10.2.–10.3.1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** 10.2.–10.3.1953: DLF gibt Einsatzplanwiedergabe für Überprüfung von Hotel-/Pensionsbesitz an der Küste wieder („Im gesamten Küstengebiet … vom 10.2. bis 10.3.1953“).	[9]
1945-10-30	**SMAD-Befehl 124** SMAD-Befehl 124 (30.10.1945) ordnet Beschlagnahme bestimmter Vermögenskategorien an (Sequestrierung).	[1]
1945-10-30	**SMAD-Befehl 124** SMAD-Befehl 124 (30.10.1945): Beschlagnahme u.a. NS- und staatliches Eigentum; herrenloses Gut unter SMAD-Verwaltung (Snapshot).	[6]
1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** Kurt und Elisabeth Wehrmann, Strandhotel Ostseeblick Heringsdorf: Festnahme, Enteignung (DLF 2003, Familienmagazin).	[10]
1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF zitiert Ostsee-Zeitung: Gomoll, Wehrmann, Michaelis als Schieber in Heringsdorf.	[17]
1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: öffentliche Versammlungen nach Rose in Seebädern mit Namensnennungen.	[18]
1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF/Ilse Fridrich: Bützow Gebäude für Rose-Häftlinge geleert.	[20]
1953 (Bilanz)	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF (Autorentext): 447 Personen Untersuchungshaft, 408 Urteile, 440 Hotels/Pensionen enteignet – keine Primärstatistik.	[52]
1953 (Kontext)	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: 219 Betroffene flohen aus DDR.	[16]
1953–1956	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: Bützow U-Haft; Wehrmanns Freilassung 1956; verbüßte Haft	[19]

Datum	Ereignis	Belege
	OFFEN.	
1953–1989	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: FDGB-Ferienwesen nach Rose; Wegfall Privatversorgung; VP/MdI nutzten Häuser.	[59]
1956 (Entlassung)	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: Autorentext Entlassung Kurt Wehrmann „gebrochener Mann“; Sibylle Wehrmann: Großvater bestimmt, Hähnchenbratstube Heringsdorf.	[13]
1959-06-03	**Gesetz über landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 3.6.1959** LPG-Gesetz 3.6.1959 §7 Abs.1 Eigentum bleibt bei Mitgliedern; §8 Abs.1 volles Nutzungsrecht LPG; §7 Abs.2 Veräußerung nur an Staat/LPG/landlose Mitglieder.	[29]
1972	**IKO Streiflicht VEB-Verstaatlichung** IKO-Popularisierung: viele Betriebe vor 1972 halbstaatlich; 1972 Übergabe teils gegen symbolischen Preis.	[41]
1990–1995 (ggf. 1996) · Erwerb 1994	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: Rückübertragung 5–6 Jahre; Treuhand Wertschöpfung Neubau; 1994 Erwerb Strandhotel durch Sibylle/Uwe (nicht „zurück“).	[65]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** Bodenreform-Verordnungen der Landes-/Provinzialverwaltungen SBZ datieren auf September 1945 (Katalog).	[2]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945 – Großgrundbesitz >100 ha entschädigungslos (Art. II Nr. 2 und 3).	[7]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: LPG-Eintritt formal Eigentum unberührt; Verfügungsbeschränkung und LPG-Nutzungsrecht §§7,8 LPG-Gesetz 3.6.1959.	[28]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Sachvortrag: 1989 ca. 87 % landwirt. Nutzfläche LPG, 7,5 % volkseigene Güter (BMJ-Mitteilung).	[30]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: Treuhandgesetz 17.6.1990 GBl.I S.300 §1 Abs.1 Privatisierung volkseigenes Vermögen, Land/Forst mit Besonderheiten.	[42]

Datum	Ereignis	Belege
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** Gemeinsame Erklärung EV: „… sind nicht mehr rückgängig zu machen“ (1945–1949); Tenor: „Die Verfassungsbeschwerden werden zurückgewiesen.“	[61]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG: exemplarisch BRVO Provinz Sachsen 3.9.1945; enteignete müssen Hof oft stundenlang verlassen, kein Rechtsschutz.	[63]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** Gemeinsame Erklärung EV: abschließende Entscheidung über staatliche Ausgleichsleistungen dem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.	[64]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: LAnpG 29.6.1990 §43 Kündigung LPG-Mitgliedschaft; §45 Verfügung/Besitz eingebrachter Flächen und Hofstelle bei Ausscheiden.	[66]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: 22.7.1990 GBl.I S.897 Übertragung volkseigener land-/forstwirtsch. Güter an Länder/Kommunen; S.899 Verkauf/Verpachtung volkseigener Agrarflächen bei Genossenschaften/Einzelpersonen.	[67]
1991-04-23	**BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)** BVerfG-Wiedergabe: Gesetz 6.3.1990 Bodenreformeigentümer GBl.I S.134 – Aufhebung Verfügungsbeschränkungen, Gleichstellung mit ZGB-Eigentum.	[68]
27.1.1953 · 10.2.1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: Vorbereitung 27.1.1953; 10.2. Durchsuchung 711 Objekte, 400 VP-Mann.	[15]
Anfang der 1950er Jahre	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: privat ~70% Handwerk/Dienstleistungen Anfang 1950er; Strandbourgeoisie-These.	[14]
Frühjahr 1953 / 1997	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: Staatsanwalt 1997 Rechtsbeugung 15 Monate Bewährung; ~60–70 Anklagen Frühjahr 1953.	[53]
ab 1953	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF: 440 Hotels/Pensionen + 181 weitere Objekte; Heringsdorf-Hotels ZK/VP/FDGB.	[60]

Datum	Ereignis	Belege
—	**IKO Streiflicht VEB-Verstaatlichung** IKO: „Im April 1947 wird die Bodenreform beschlossen“ – Chronologie SBZ vs. April 1947 (alliierte Ebene) vermischt; kein neuer SBZ-Beschluss April 1947.	[4]
—	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** Urteilshöhen Wehrmann umstritten (5/3 vs 4 Jahre); verbüßte Haft OFFEN.	[12]
—	**Deutschlandfunk Aktion Rose 2003** DLF/Familie Wehrmann (Sprecher im HTML nicht eindeutig): Urteile listen abgenommene Schmuckstücke.	[54]

Quellen

1. *SMAD-Befehl 124*. 1945-10-30. primär.
   https://cms-q1.archivportal-d.de/sites/default/files/media/document/2022-10/1945-10-30_SMAD%20Befehl%20Nr.%20124_Dokumente%201945-1949%2C%20S.%20189-192_WGM.pdf
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
2. *Handreichung SBZ-DDR Gesetze*. sekundär.
   https://www.museen-brandenburg.de/fileadmin/Handreichungen/Handreichung_SBZ-DDR_Gesetze_Quellen.pdf
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
3. *StatJB DDR 1955*. primär.
   https://digi.bib.uni-mannheim.de/fileadmin/statjahrb/514402644_1955/pdf/514402644_0103.pdf
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
4. Basti Dämmler: *IKO Streiflicht VEB-Verstaatlichung*. 2016-05-05. sekundär.
   https://www.industrie-kultur-ost.de/streiflichter/veb-verstaatlichung-in-der-ddr/
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
5. Joachim Dresdner: *Deutschlandfunk Aktion Rose 2003*. 2003-02-10. sekundär.
   https://www.deutschlandfunk.de/klassenkampf-an-der-ostsee-die-aktion-rose-100.html
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
6. *Strandhotel Ostseeblick Magazin*. sekundär.
   https://www.strandhotel-ostseeblick.de/magazin/im-interview-mit-sandra-gruening/
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
7. *Neues Deutschland 2.4.1953*. sekundär.
   https://www.nd-archiv.de/artikel/874459.erneut-wurde-spekulanten-und-schiebern-in-den-ostseebaedern-das-handwerk-gelegt.html
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
8. *Findbuch Kühlungsborn*. sekundär.
   https://kreisarchiv.lkros.de/scopequery/detail.aspx?ID=15915
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
9. *KAS These 9 (Bauerkämper)*. sekundär.
   https://www.kas.de/documents/252038/253252/these9.pdf
   Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr

10. *MfS Bericht Republikflucht 1960*. primär.
    https://www.stasi-mediathek.de/medien/bericht-ueber-die-entwicklung-der-republikflucht-1960/
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
11. *VermG §1 Abs.1 lit. d*. primär.
    https://www.gesetze-im-internet.de/vermg/__1.html
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
12. *Bundesstiftung Aufarbeitung 1972*. sekundär.
    https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/aktuelles/vor-50-jahren-honecker-verkuendet-abschluss-der-verstaatlichungskampagne-der-ddr
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
13. *DDR Privatwirtschaftsgesetz 1990*. sekundär.
    https://www.verfassungen.de/ddr/privatwirtschaftsgesetz90.htm
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
14. *Flade/Kamosiński SHO 2021*. sekundär.
    https://presstoarch.amu.edu.pl/index.php/sho/article/download/sho-2021-0007/28832/71332
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
15. *DDB Findbuch 1972*. sekundär.
    https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/TC6B5GGBPZUSMXLXR2QPGWOFDJIXMDVC
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
16. *VO Vermögenssicherung 17.7.1952*. primär.
    https://www.verfassungen.de/ddr/vermoegenssicherung52.htm
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
17. *Anordnung Vermögen Ausreisender 1.12.1953*. primär.
    https://www.verfassungen.de/ddr/vermoegensverordnung53.htm
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
18. *Gesetz Bildung MfS 8.2.1950*. primär.
    https://www.verfassungen.de/ddr/mfsbildung50.htm
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
19. *GHI The East German Economy*. sekundär.
    https://www.ghi-dc.org/fileadmin/publications/Cambridge/Open_Access/Green_OA/The_East_German_Economy__1945-2010.pdf
    Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr
20. *BVerfGE 84, 90 (1 BvR 1170/90 u.a.)*. 1991-04-23. primär.
    https://dejure.org/ext/d0aa52b6091ed5eacb8e9c6a7d958e7f

Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr

21. *Gesetz über landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 3.6.1959*. 1959-06-03. sekundär.
`https://www.verfassungen.de/ddr/lpggesetz59.htm`
Abgerufen: 8. November 2026 um 00:00 Uhr

Änderungsprotokoll

- 2026-11-08: Recherchestand v10 in die Engine übernommen.